

daß es falsch ist, daß ich Heymann für Braunschweig empfohlen habe. Ich habe auf Beiträgen von Bios den Heymann nur als stellungslos erwähnt, aber ausdrücklich gesagt, seine Fähigkeiten kenne ich nicht. Daß ich in der Braunschweiger Versammlung distorsiv aufgetreten sei und alles für Quacksalber erklärt hätte, ist eine Phantasie von Brunko. Ich habe nur am Schluß erklärt, ich möchte mich in den Streit nicht ein, aber wenn in Braunschweig nicht in Wädde eine Verhandlung erzielt würde, wenn der Streit und Zank, von dem ich in der Versammlung eine Probe hatte, weiter geführt werden, seien wir, die Vorstands-Mitglieder, nicht im Stande, es weiter zu verantworten, daß aus Parteimitteilen das Defizit des „Volksfreundes“ weiter gedeckt werde. Ich habe also gewissermaßen eine Überhängung des Brodloches ihnen angelündigt und habe gedacht, daß sie das zur Einsicht bringen würde. Ich habe mich aber der niederstschweifenden Hartnäckigkeit gegenüber gründlich geirrt. (Gelächert.) Sie haben nachher mit ungeschwächten Kräften den Krampf fortgesetzt (Heiterkeit) und sind auch entschlossen, ruhig in der Weise weiter zu kocheln. Der Gergang bei unserer Zitkung nach Braunschweig ist folgender: Von Ohlendorf erhielt ich ein Telegramm: „Heute Abend unbedingt selbst kommen, sonst zwei Blätter unvermeidlich.“ Diese Drohung, ein neues Blatt zu gründen, ging also von der Richtung Niecks-Günther aus. Einige Tage vorher erhielt ich einen Brief von der Richtung Brunko, darin war davon die Rede, daß, wenn die Verhältnisse in Braunschweig noch schlimmer wären als in Solingen, ich mich bei meinem Freund Günther und Heymann dafür bedanken könne. Die Braunschweiger würden sich aber nicht so abfagen lassen wie die Solinger. Diese Mitteilungen von beiden Richtungen mußten und bestimmten „so einzugreifen, wie wir es gethan haben. Es ist kein Vergnügen, sich in solche Händereien zu mischen. Im Uebrigen bin ich aber überzeugt, daß die Verhältnisse in Braunschweig nicht so weit gedeihen werden wie in Solingen. Abgesehen von ein paar Leuten, denen der Krampf ihr Siement und einige Beschäftigung ihrer parteigedönslichen Bestimmung ist, ist in Braunschweig alles in besser Ordnung.

Die Diskussion wird geschlossen.

Börsch erklärt, daß er die Berechnung des Druckpreises nicht übertrieben gefunden habe, und weist die Angriffe der Broschüre gegen ihn zurück.

Die Resolution der Neuner-Kommission wird angenommen.

Singer: Damit wäre die Braunschweiger Angelegenheit für diesen Parteitag erledigt. (Große Heiterkeit.) Ich möchte aber dringend bitten, daß die Braunschweiger Genossen es in der That mit diesem Mal genügend sein lassen (lebhafter Beifall), und ich werde mich dabei nicht an die neue, sondern an die alte Organisation mit der bringenden Bitte, entsprechend dem oben gefaßten Beschluß es den bisher in einer besonderen Organisation versammelten Genossen, denen wir den Rath geben, zurückzuführen, diese Mühseligkeit zu erschweren und das Ihrige zu thun, die Schwierigkeiten zu beseitigen.

Rummeier werden bis zum Punkt „Presse“ vorliegendes Anträge zur Verhandlung gestellt. Es sind dies die Anträge 45 bis einschließlich 55 und der Antrag 100. Der Antrag 45 (betreffend die Verlegung des „Volkstakt“ nach Berlin) ist zurückgezogen. Die Anträge 47, 48, 56, 57, 58, 59, 60, 61 und 65 finden nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 45 (auf Erweiterung des „Vorwärts“) begründet Weigert: Wichtig ist unserer Presse werden wir Berliner als Stiefkinder der Partei angesehen. Ich weise nur auf die Haltung des „Vorwärts“ in der Frage der Kandidaturen hin, aber auch bei allen lokalen Angelegenheiten, bei kommunalen Wahlen, bei Gewerbergewerkschaftswahlen sind wir im Nachtheil. Hier läßt uns die Presse im Stich. Nicht etwa daß sie ihre Aufgabe nicht erfüllt, aber ihr Preis ist so hoch, daß sie nicht recht in Arbeiterkreise eindringt. Die Arbeiter lesen billiger, un-

politische Blätter. Auch für den kleinen Geschäftsmann, der einen Quadeitheil haben muß, genügt unsere Presse nicht. Könnten wir in diese Kreise eindringen, so würden wir nicht nur mehr Abonnenten haben, sondern mehr Abonnenten bekommen und könnten allmählig den Preis reduzieren. Wir müssen doch damit rechnen, daß die Kreise, die wir gewinnen wollen, noch keine überzeugten Sozialdemokraten sind, die ein thaureres Parteiblatt begehren, wenn sie billiger andere Blätter haben. So war z. B. bei den letzten Gewerbergewerkschaftswahlen die Theilnahme der Arbeiter in die Listen sehr gering, woran ebenfalls die Presse mit Schuld ist. Man darf nicht nur darauf sehen, daß der Ueberfluß recht hoch ist, sondern in erster Linie müssen wir neue Anhänger gewinnen und deshalb verlangen wir per Jahr zwei vollständige Agitationsnummern in Massen-Auslage. Entnehmen Sie deshalb unserem Antrag zu.

Stadthagen: Dem Grundgedanken des Antrages schliesse ich mich im Allgemeinen an. Ich glaube allerdings nicht, daß jetzt schon eine Verbilligung des „Vorwärts“ möglich ist, sondern es kann sich vorläufig nur darum handeln, den Inhalt des „Vorwärts“ so zu gestalten, daß dadurch recht viele Abonnenten gewonnen werden. Aber im Uebrigen ist der Antrag dringend erforderlich. Wir haben in Berlin, Leltam-Beeskow und Niederbarnim rund 250000 sozialdemokratische Wähler, aber etwas weniger als 50000 „Vorwärts“-Abonnenten. Das entspricht nicht der Stellung, die das Organ der Hauptstadt haben dürfte, wenn agitatorisch gewirkt werden soll. Was an den Berliner Arbeitern liegt, zur Verbreitung des „Vorwärts“ beizutragen, ist im Uebersichem Maße gegeben. Der Inhalt des „Vorwärts“ hindert seine Verbreitung. Daran, daß der „Vorwärts“ besser wird, muß auch den auswärtigen Genossen gelegen sein. Wenn Sie aus dem „Vorwärts“ die Berliner Arbeiter beurlauben wollen, so müssen Sie fast annehmen, daß die Berliner kaum vernünftige Menschen sind (Heiterkeit), geschweige denn Parteigenossen. Das ist ein derartiges verkehrtes, verzerrtes Spiegelbild, daß ich durchaus verstehe, wenn Genossen, die nicht die Zurückhaltung besitzen, die ich mich anfangs anmaßte, empört darüber sind, in welcher Weise Versammlungsberichte gemacht werden. Das Sachliche wird fortgelassen und der persönliche Krampf dreingetragen. Das ist nicht die Art und Weise, wie man belehrend, agitatorisch, einflüßend wirkt, sondern die Art, wie vielleicht ein Registrator verfährt, der seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Ueber sehr wichtige Versammlungen, die von Tausenden besucht sind, ist oft im „Vorwärts“ kein Wort zu finden. Ich weise nur auf die von 4000 Personen besuchte Frauenversammlung hin, welche Stellung zum Bürgerlichen Gesetzbuch einnehmen sollte; die bürgerlichen Zeitungen berichteten darüber ausführlich, der „Vorwärts“ hatte nur die Resolution und das mich, der ich referirt hatte, den Bericht zu machen. Ich lehnte das natürlich ab, da ich bis in die Nacht hinein und den ganzen nächsten Tag für die Partei thätig sein mußte und weil man es doch keinem Menschen zumuthen kann, daß er einen Bericht verfaßt, bloß weil der „Vorwärts“ keinen Berichtestatter hinstellt. In Folge dessen ist die ganze Frauenagitation, die von uns ausgehen sollte, von den bürgerlichen Frauen aufgenommen worden. Da ist es denn kein Wunder, daß die Arbeiterschaft allmählig die Berichte gänzlich meißt. Ich kann das an einem bestimmten Fall nachweisen. Durch Zufall war während der Wahlbewegung ein Versammlungsbericht in den „Vorwärts“ hineingekommen, der ganz zu Unrecht die Sozialdemokraten des letzten Reiches als Boudiers hinstellte. Es war ein Auschnitt aus einer bürgerlichen Zeitung, der verächtlich abgedruckt wurde. Aber kein Genosse hat sich darüber beschwert, woraus Sie ersähen können, daß die Genossen selbst während der Wahlbewegung keine Berichte mehr lesen, weil sie wissen, daß das nicht damit steht. Sie können auch nicht sagen, man soll sich mit seinen Beschwerden an die Berliner Pressenkommision wenden. Gewiß, die Kommission wird thun, was

nie thun kann, aber Sie müssen ihr auch die Möglichkeit geben und sie in ihrem Bestreben unterstützen, aus dem „Vorwärts“ ein agitatorisch wirksames Blatt zu machen. Es wird immer auf den Zusammenhang zwischen Lokalblatt und Zentralorgan hingewiesen. Dafür ein Beispiel: Im gefürigen „Vorwärts“ übt die Redaktion unter Parteinachrichten „In eigener Sache“, wozu sie zweifellos berechtigt ist, Kritik an den Angriffen, die hier auf dem Parteitag gegen den „Vorwärts“ erfolgt sind. Sie sind Ohrenzeugen gewesen, wie ich unter anderem davon sprach, daß die Frage des Koalitionsrechts längst vor dem Erlass des Grafen Posadowsky im „Vorwärts“ hätte erörtert werden müssen. Was thut der „Vorwärts“? Er sagt, wir haben so und soviel Artikel losgelassen, er theilt seinen Lesern aber nicht mit, daß schon vor dem Erlass ein energisches Einschreiten nöthig gewesen wäre. Denn ich nun selbst demgegenüber hilflos bin, was soll dann ein armer Berliner Genosse thun, der nicht einmal die gewisse Rücksichtslosigkeit unter Umständen besitzt, die ich dann, wenn es mir auf die Sache ankommt, stets zu haben glaube? Ferner theilt der „Vorwärts“ in einem Artikel mit, daß er sich nicht erinnern könne, welche Worte von mir in einem Artikel gestrichen seien, da er in meinen Artikeln überhaupt viel streichen müsse. Das schreibt der „Vorwärts“ an demselben Tage, wo ich von einem derjenigen Redakteure, die nicht an einem dieser Artikel schuld sind, ersucht wurde, für eine bestimmte Gerichtsverhandlung Hilfe zu leisten, obwohl ich eben erst aus der Verhandlung komme. Ich bin dem Wunsche nachgekommen. Sie können daraus ersehen, daß es nur einer kleinen Rücksprache mit mir bedarf, um Mißverständnisse sofort klarzustellen. Also obwohl ich gebeten werde, redaktionell Hilfe zu leisten, werden doch diese inhaltlosen, persönlich verletzenden Angriffe gegen mich veröffentlicht! Ich habe mich allmählig auf dem Standpunkt gestellt, daß ich nur dann für den „Vorwärts“ schreibe, wenn ich eigens dazu aufgefordert werde. Und in welcher Weise werden die Streichungen in meinen Artikeln vorgenommen. Dafür ein Beispiel: Ich zitierte in einem Artikel das Wort des hannoverschen Königs „Damen von einer gewissen Leistungsfähigkeit und Professoren sind für Geld immer zu haben“. Am folgenden Tage lese ich dafür das Wort „Huren“. Sie sehen daraus, mit welchen Schwierigkeiten Derjenige zu kämpfen hat, der selbst aufgefordert wird, für den „Vorwärts“ zu arbeiten. Ich bringe diese Beschwerde hier vor, weil die beiden geistig bedeutendsten Redakteure des „Vorwärts“, Liebknecht und Gradnauer, hier zugegen sind. Erklären Sie sich durch den Antrag damit einverstanden, daß das Blatt nicht Privateigenthum irgend eines unbekanntem Redakteurs ist, sorgen Sie dafür, daß der „Vorwärts“ agitatorisch und aufklärend wirkt nicht nur für Berlin, sondern auch für außerhalb. Und weil nach dieser Richtung hin der Antrag gestellt ist, bitte ich Sie, denselben anzunehmen. Unterstützen Sie das Streben der Preßkommission, der anti-agitatorischen Kraft des „Vorwärts“ entgegenzuwirken.

**Röster-Zeltow:** Auf die Dauer ist der jetzige Zustand mit dem „Vorwärts“ unhaltbar. Schöneberg und die anderen Vororte werden immer größer, aber der „Vorwärts“ hat keinen Raum für uns, auch nicht für die Gemeinberathungs-Sitzungen, daher die Interesslosigkeit der Wähler. Auch Liebknecht sagte, daß das Verhältnis unhaltbar sei. Leider machte er nicht den geringsten Vorschlag. Die Vororte werden eben wie Stiefkinder behandelt, das kann so nicht weiter gehen.

**Gradnauer:** Es ist von den Vorrednern nicht nur über den Antrag gesprochen, sondern auch zu Anträgen, die nicht unterstützt sind. Röster hat eigentlich für den Antrag 47 gesprochen. Er wünscht, daß die Vororte im „Vorwärts“ mehr berücksichtigt werden. Die Vororte werden heute bereits berücksichtigt, aber es ist vollständig unmöglich, in einem Berliner Blatte die Vororte so zu berücksichtigen, wie es die bürgerlichen Konkurrenzblätter thun. Es ist

ganz ausgeschlossen, daß im „Vorwärts“ die Gemeinberathungs-Sitzungen und alle lokalen Angelegenheiten der Vororte ausführlich behandelt werden. Dazu müßten sich die Genossen eigene Blätter gründen und daß das unmöglich ist, das hat das Organ für Zeltow-Beeckow erwiesen. Wir sind gern bereit, die Vororte nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Stadthagen hat heute wieder eine Anzahl von Vorwürfen gegen den „Vorwärts“ erhoben, die aber genau so unbegründet sind, wie die vom Dienstag. Er führt das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Abonnenten und der Wähler auf den „Vorwärts“ zurück, besenkt aber nicht, daß dies Mißverhältnis auch an anderen Orten besteht, daß es auf andere Gründe zurückzuführen ist, nicht aber auf die Schreibweise des „Vorwärts“. Dann ist er wieder auf lauter Einzelheiten eingegangen. Ich muß mich im höchsten Maße wundern, daß er den Parteitag damit behelligt; er weiß ja doch, daß wir nicht im Stande sind, sofort Rechenschaft zu geben, weil wir die Thatfachen nicht kontrolliren können. Aber selbst wenn er recht hätte, so wäre doch kein Grund vorhanden zu so allgemeinen Angriffen. Warum hat er sich nicht an die Preßkommission gewandt? Der Parteitag ist doch nicht dazu da, sich mit solchen Kleinigkeiten zu beschäftigen. Weiter hat Genosse Voigt die Frage bezüglich der Landtagswahl angeschnitten und Ausführungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß die Berliner ein Lokalblatt wünschen. Das ist ja das, was Liebknecht neulich ausgeführt hat. Aber die Verhältnisse sind zu schwierig. Wenn es so einfach wäre, ein Lokalblatt zu begründen, so wäre das längst geschehen. Für die nächste Zukunft ist aber garnicht daran zu denken. Noch ein Wort zu dem Schlusssatz des Antrags 45. Ich warne vor einem derartigen Beschlusse, wir haben mehrfach Massenauflagen zur Agitation in Berlin herstellen lassen, aber diese Agitation hat nicht das geringste gekostet. Ich weiß, daß auch aus anderen Städten ähnliche Massenauflagen hinausgeworfen sind, ohne daß ein Erfolg erzielt wurde. (Sehr richtig!) Diese Agitationsmethode ist nicht die richtige. Ich bitte Sie, den Antrag nicht anzunehmen, sondern in Erwägung des Umstandes, daß hierbei eine Fülle von technischen Fragen mitspielen, ihn dem Partei-Vorstand und der Berliner Preßkommission zur weiteren Erörterung zu überweisen.

**Singer** theilt mit, daß Stadthagen beantragt hat, den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen, womit Gradnauer sich einverstanden erklärt.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Der Antrag 45 wird hierauf dem Partei-Vorstand und der Berliner Preßkommission zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Anträge 49 und 50 (auf Neuherausgabe des Luz'schen Handbuchs) begründet **Stelzner-Dresden:** Es handelt sich bei dieser Neuauflage in verbesserter Form um ein allgemeines Bedürfnis.

**Webel** bittet, den Antrag abzulehnen, eher empfiehlt es sich, den Antrag 51 anzunehmen. Wir wissen garnicht, ob Dr. Zug in der Lage ist, fernerehin für die Partei literarisch thätig zu sein.

Die beiden Anträge 49 und 50 werden abgelehnt.

Antrag 51 (auf Herausgabe eines Ergänzungsheftes nach jeder Reichstags-Session zum Handbuch für Wähler), der von **Mahlke-Flensburg** begründet wird, findet Annahme.

Zur Antrag 52 (auf Gratisherausgabe einer jährlichen Broschüre über die Thätigkeit des Reichstages) begründet **Thiele-Halle** den Zusatz, daß der Jahresbericht der Parteileitung und der Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion den Parteiblättern auf Verlangen als Beilage im „Vorwärts“-Format zum Selbstkostenpreise überlassen wird.

Da **Grühne-Göckel** den Antrag 52 zurückzieht, gelangt das **Thiele'sche** Amendement selbständig zur Abstimmung und Annahme.

Antrag 53 (auf Verbilligung der Broschürenliteratur) wird von Zubeil begründet: Wir brauchen auf dem flachen Lande 30 000 Broschüren. Diese Broschüren sind gegenwärtig zu theuer, jede Agitationstour kostet uns 1 000 Mk. In Folge dessen können wir nur zwei Agitationstouren im Jahre unternehmen. Soll das flache Land erobert werden, dann muß der Vorstand dafür sorgen, daß wir das Material billiger erhalten.

**Koll-Karlruhe:** Schon jetzt werden Broschüren, die sich zum Massenvertrieb eignen, billig oder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden; der Antrag ist zu weitgehend.

**Baker-Hamburg:** So nett es ist, wenn der Vorstand danach trachtet, soviel Geld zusammenzubringen, als er nur kann, so muß doch dafür gesorgt werden, daß die Broschüren den Vertrauensleuten auf dem Lande so billig als möglich abgegeben werden; dadurch erleichtern wir diesen die Existenz.

Antrag 53 wird auf Antrag Baker dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zubeil begründet den Antrag 54 (alle für die Landbevölkerung wichtigen Reichstagsverhandlungen in Broschürenform zur unentgeltlichen Verbreitung zu bringen): Die Klagen, daß auf dem Lande zu wenig geschieht, sind durchaus begründet. Von den Bauern wird uns, wenn wir hinausgehen, die Frage gestellt: Wir bekommen von Euch ja fünf Jahre lang nichts zu hören? Was thut Ihr denn eigentlich im Reichstage? Die bürgerliche Presse, die Landrathspresse verschweigt jedes Wort, das von den Sozialdemokraten im Reichstag gesprochen wird. Es müßten die wichtigen Verhandlungen, wie wir sie ja im Reichstage wieder haben werden, für unsere Agitation auf dem Lande uns zur Verfügung gestellt werden, wenn es nicht ganz unentgeltlich geschehen kann, so werden wir schon zufrieden sein müssen, wenn wir sie zum Selbstkostenpreise zur Verbreitung erhalten.

**Augustin-Berlin:** Der Antrag bezieht sich nicht auf alle wichtigen Reichstags-Verhandlungen, sondern nur auf die für die Landbevölkerung wichtigen. Die Landbevölkerung muß in der That von unserer Stellung eine ganz falsche Anschauung bekommen, wenn ihr, wie das geschehen ist, gesagt wird, daß wir für die Weibehaltung der Gefinde-Ordnung gestimmt haben; daß gerade das Gegenteil der Fall ist, davon erfährt sie nichts. Darum ersuche ich Sie um Annahme des Antrags.

**Antriek** bittet um Ablehnung des Antrags wegen der Unmöglichkeit der Durchführung. Die finanziellen Mittel, die hierzu erforderlich wären, stehen nicht zu unserer Verfügung. Wir haben in der Provinz Brandenburg den Versuch gemacht, und die Verbreitung einer einzigen Reichstags-Verhandlung hat uns 3510 Mk. Ausgaben verursacht; also wenn wir die zehn bis zwanzig wichtigen Verhandlungen, die im Jahre vorkommen, in Broschürenform verbreiten würden, so würde das für die Provinz Brandenburg allein einen Kostenaufwand von circa 60 000 Mk. verursachen. Meine sechsjährigen Erfahrungen in der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg haben mich die Landarbeiter und Kleinbauern kennen gelernt, sie haben Sommer und Winter hindurch so viel zu thun, die Wohnungen sind so schlecht, die Beleuchtung so traurig, daß es unmöglich für sie ist, Broschüren zu lesen. Der Zweck würde viel besser erreicht, wenn am Schlusse der Reichstags-Session von den einzelnen Agitationskomitees ein Auszug aus den wichtigsten Verhandlungen für die Landbevölkerung veröffentlicht würde. Das ist der einzige Weg, um der ländlichen Bevölkerung Klar zu machen, daß allein die sozialdemokratische Partei für ihre Interessen eintritt.

**Riesel-Berlin** empfiehlt den Antrag warm. Wer jemals erfahren hat, welche Angriffe gerade auf dem platten Lande damit begründet werden, daß unsere Genossen allerlei Schandthaten im Reichstage ausgeübt haben, wissen

natürlich gar keine Rede ist, der wird die Wichtigkeit dieses Antrages einsehen. Er bietet die Mittel, die Landbevölkerung von der Thätigkeit unserer Fraktion zu unterrichten.

Antrag 54 wird abgelehnt.

Den Antrag 55 (Bebel's Broschüre über Volkswehr in Massenaufgabe herauszugeben) begründet **Böhle-Strasburg** damit, daß Bebel seine Broschüre in kleinerem Umfange schreiben könne.

**Bebel:** Ich hatte anfangs den Antrag so verstanden, als handele es sich darin um eine Ergänzung meiner Broschüre. Diese will ich sowieso eintreten lassen, einmal wegen der Erörterungen, die sich an das Manifest des Kaisers von Rußland geschlossen haben, und andererseits wegen der Angriffe, die meine Broschüre aus militärischen Kreisen seitens des Generals v. Boguslawski erfahren hat. Ich beabsichtige also nicht eine Verkleinerung, sondern eine Erweiterung meiner Broschüre. Eine Verkleinerung würde ihr ihren Werth nehmen. Was Böhle will, kann besser durch ein Flugblatt erreicht werden. Von einer unentgeltlichen Verbreitung der Broschüre kann keine Rede sein, weil sie der Parteikasse gewaltige Ausgaben auferlegen würde.

Der Antrag 55 wird abgelehnt.

Die weiteren Verhandlungen werden abgebrochen.

Schluß 7 Uhr.

## Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

**Singer:** Die von der wilden Reaktion der Regierung verfolgten und unterdrückten Sozialisten Italiens senden ihre brüderlichen Grüße dem Parteitag, dessen kraft- und muthvolle Thätigkeit ihre Anstrengungen neue Kraft giebt und ihren Glauben an den Sieg des internationalen Sozialismus verdoppelt. Unterzeichnet ist das Telegramm von Leonida Vissolati, dem Chefredakteur des „Avanti“, und für die sozialistische Parlamentsfraktion von Morgari. (Bravo!) — Ich glaube im Namen des gesammten Parteitages zu sprechen, wenn ich den italienischen Genossen ausdrücklich noch den Dank für ihre Rundgebung und unsere Sympathie ausspreche. Wir werden im Laufe der weiteren Verhandlungen Gelegenheit haben, das noch weiter zu beweisen. (Lebhafter Beifall.)

Die Berathung der Anträge wird fortgesetzt.

Den Antrag 59 (auf Herausgabe eines Flugblattes gegen die Deynhäuser Rede) begründet **Seymann-Göttingen** mit dem Hinweis auf die große agitatorische Wirkung eines solchen Flugblattes. Es sei zu wünschen, daß das im „Vorwärts“ an verschiedenen Stellen veröffentlichte Material zu einem umfangreichen Flugblatte zusammengestellt werde.

Frau **Nähler-Wandsted** bittet den Antrag abzulehnen, da die General-Kommission ein derartiges Flugblatt vorbereitet.

**Gerstenberger-Niederbarnim** schließt sich diesen Ausführungen an.

Der Antrag 59 wird abgelehnt.

Zur Begründung des Antrages 61 (eine Serie von Flugchriften über einzelne Fragen, wie Militarismus, Arbeiterschutz, Schule zc. herauszugeben), führt Frau **Nieß** aus: In der Debatte ist bereits öfter hervorgehoben worden, daß in der schwarzen Ecke unseres Vaterlandes, im Rheinland, selbst Ketzerei und Reichthum dazu benutzt werden, uns zu verleumben. Das ist aber nicht nur in jener Gegend geschehen, sondern auch bei uns in Hamburg. Die dort verbreiteten Flugblätter frochten von Lügen und Verleumdungen, so

daß man sich eigentlich schämen müßte, darauf zu antworten. Aber wir sagten uns, die Leute müssen ihr Publikum doch kennen. Deshalb hatten wir es für nötig, daß unserm Antrag entsprechend nicht bloß zur Wählzeit, sondern auch sonst ausflüßende Flugschriften verbreitet werden, die natürlich, soweit dies angeht, zum Selbstkostenpreise abgegeben werden müßten.

**Thiele-Halle** macht den Vorschlag, eine fortgesetzte Serie von zehn-pennig-Broschüren herauszugeben, die etwa jeden Monat, und wenn sie Ankauf finden, vielleicht alle vierzehn Tage im Umfang von 18 Seiten erscheinen, Alles was die Partei angeht, instruktiv behandeln und so die Broschüren-Abonnenten binnen zwei oder drei Jahren für die Agitation in den Besitz eines reichhaltigen Materials nach allen Richtungen setzen. Bei einer Auflage von 8000 Abonnenten würde sich dieses Unternehmen schon halten.

**Hannbuch** ersucht um Ablehnung des Antrages, es geht nicht an, schablönförmig zu wollen. Die Bedürfnisse sind in den einzelnen Kreisen verschiedenartig. Wird die Idee ausgeführt, so könnte es sich nur darum handeln, Grundlinien festzulegen, Direktiven zu geben, auf Grund deren die Genossen der einzelnen Kreise an der Hand des Materials selbst Flugblätter ausarbeiten. Wo den Genossen das nötige Material und die Mittel gefehlt haben, ist die Parteileitung ihnen bisher in allen Fällen entgegen gekommen, so wird es auch in Zukunft am Besten sein.

**Waker-Hamburg:** Da jedenfalls etwas geschehen muß mit Rücksicht auf die Orte, in denen die Parteipresse noch keine große Verbreitung hat, stelle ich für den Fall der Ablehnung des Antrages 61 den Antrag, den Genossen Thiele mit der Herausgabe der Broschüren-Broschüren zu beauftragen. (Heiterkeit.)

Der Antrag 61 wird abgelehnt.

**Singer** giebt Waker anheim, seine Uebersetzungskunst an Thiele persönlich zu versuchen. (Große Heiterkeit.)

Antrag 62 auf (Vermeidung, bez. Verdeutschung von Fremdwörtern) begründet

**Erbert-Düsseldorf:** Obwohl es ein zweifelhaftes Vergnügen sei, einen vom vorigen Parteitag abgelehnten Antrag wieder einzubringen, sei es doch notwendig, gegen den Fremdwörtergebrauch, der die Agitation auf dem Lande erschwere, etwas zu thun.

Der Antrag 62 wird abgelehnt.

Der Antrag 100 (Herausgabe einer speziellen Landarbeiter-Broschüre) wird von **Gottschall-Königsberg** begründet: Der ländliche Arbeiter muß durch eine geeignete Broschüre darüber aufgeklärt werden, daß die wenigen Rechte, die er besitzt, ihn von dem gnädigen Herrn noch verkommen lassen. Die Herstellung der Broschüre hat Eile; sie muß noch vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches erscheinen und darf natürlich nicht theuer sein, denn sonst verfehlt sie ihre Wirkung. Als Verfasser erscheinen mir die Genossen **Webel** oder **Haase** als die geeignetsten Personen.

**Saberland-Barmen** empfiehlt, diesen Antrag dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

**Webel:** Ich bitte Sie, sowohl den Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung, als auch den Antrag selbst abzulehnen. Sollte der Antrag aber doch angenommen werden, so bitte ich Sie wenigstens, meinen Namen zu streichen; einmal weil es mir an Zeit dazu mangelt und sodann, weil ich mich nicht für besonders qualifiziert hierfür halte. Das kann nur jemand leisten, der auf dem ganzen Gebiet der neueren Gesetzgebung genau Bescheid weiß. Aber ich bin auch gegen den Antrag an sich, weil das, was er bezieht, schon vorhanden ist. Ich erinnere an die Mitarbeit Stadthagen's im Volk-

zeitung, ich erinnere an sein „Arbeiterrecht“, wo alle diese Fragen behandelt werden. Und man wird doch nicht glauben, daß die hier beantragte Broschüre etwa auf dem Lande verbreitet werden kann. Es könnte sich höchstens darum handeln, daß für die Leute, die agitatorisch oder schriftstellerisch thätig sind, die Fragen so zusammengestellt werden, daß sie sich in jedem Augenblick genau unterrichten und ihre Thätigkeit danach einrichten können. Das ist aber jetzt schon erreicht und Stadthagen wird wohl von selbst bei Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches seine Schriften entsprechend dem Stande der Gesetzgebung umändern. Deshalb ist der Antrag **Gottschall** überflüssig.

**Gottschall:** Genosse **Webel** befindet sich im Irrthum; die Broschüre soll gerade so abgefaßt werden, daß sie allen Landarbeitern in die Hand gegeben werden kann. Daß das möglich ist, haben wir bereits durch unsere Flugblätter in Döpreußen bewiesen.

Die Abstimmung ergibt sowohl die Ablehnung des Antrages auf Ueberweisung zur Berücksichtigung, als auch die Ablehnung des Antrages selbst.

Zur Beratung kommt der Antrag **Drechsler-Burg:**

Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, die mit Ihren Arbeitern oder deren Organisation in Differenzen stehen, während der Dauer derselben Geschäftsempfehlungen nicht aufzunehmen.

**Drechsler-Burg:** Der Antrag verbannt seine Entfremdung den Erfahrungen, die wir im Kampfe gegen die Schuhfabrik **Lack & Co.** gemacht haben. Der Parteitag ist verpflichtet, der Parteipresse in dieser Richtung Direktiven zu geben.

**Schöpplin-Burgstädt** steht dem Antrag sympathisch gegenüber, beantragt aber statt des Wortes „Differenzen“ die Worte „Streiks“ und „Sperrte“ zu setzen. „Differenzen“ ist zu weitgehend.

**Börcke-Charlottenburg** giebt im Namen der Berliner Presskommission die Erklärung ab, daß diese sich eingehend anlässlich des Lack'schen Falles mit der Angelegenheit beschäftigt habe und einstimmig zu dem Beschluß gekommen ist, die Anzeige der Berliner Filiale aufzunehmen, da — was noch jetzt von Vord befähigt worden ist — seit vier Jahren nichts mehr für den Boykott gethan ist und so anzunehmen ist, daß er verpumpt ist. Die Presskommission hat ihren Beschluß dem Vorstand der Schuhmacher-Organisation mitgetheilt mit dem Anheimgabe, event. eine neue Sperrte zu verhängen.

**Wacker-Krefeld** ersucht um Ablehnung des Antrages, er würde zu Reibereien zwischen der Gewerkschaft und der Presskommission bezw. der politischen Partei am Orte führen. In Krefeld hat die Presskommission erst nach langer Zeit aus dem Protokoll des letzten Schuhmacher-Kongresses einen Einblick in den Stand der Lack'schen Angelegenheit gewinnen können. Die Redakteure der Parteiblätter werden schon selbst die nötige Schulung und Einsicht haben, zu beurtheilen, welche Inzinate sie abzulehnen haben.

Der Antrag wird mit der von **Schöpplin** beantragten Aenderung angenommen.

Damit sind die Anträge, die auf die Parteipresse Bezug haben, erledigt.

Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich auf die Agitation beziehen. Die Anträge 82, 88, 89, 40—44, 95, 99 und 101 finden nicht die genügende Unterstützung, sie scheiden damit aus. Antrag 93 ist zurückgezogen.

Den allein übrig gebliebenen Antrag 88 (die Berichte des Vorstandes und der Fraktion 4 Wochen vor Zusammentritt des Parteitages erscheinen zu lassen) begründet

**Wartenberg-Berlin:** Die Berichte erscheinen bisher immer so spät, daß sie in Versammlungen nicht mehr eingehend erörtert werden konnten, der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit könnte doch wohl viel früher

veröffentlicht werden, es wäre gut, wenn der Parteitag in unserem Sinne beschließt.

**Stenogramm:** Der Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion war ja in dem von uns herausgegebenen parlamentarischen Handbuch mit enthalten. Wenn wir über das ganze Geschäftsjahr berichten wollen, so wird es nicht möglich sein, anders als bisher zu verfahren.

Der Antrag 88 wird abgelehnt.

Nunmehr folgt die Beratung der Anträge, die sich auf allgemeine Forderungen beziehen (also 81, 87, 84, 87, 88, 89, 90) und der Resolutionen 97 und 105.

Bevor die Unterstützungsfrage gestellt wird, erklärt

**Morawski-Berlin:** Die polnischen Genossen hatten den Sticheleien einer Genossin zu großen Werth beigelegt und den Antrag 81 eingebracht. Nunmehr habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die selbständige Organisation und Agitation der polnischen Sozialdemokratie nach wie vor die volle Sympathie und Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie findet und ausgebrochene kleine Differenzen an dieser Thatsache nichts ändern, ziehen wir den Antrag 81 zurück.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 87, 84, 87, 88, 89, 90. Es bleiben also nur die beiden Resolutionen 97 und 105 übrig.

Die Resolution 97 (betr. den Abrüstungsvorschlag des russischen Kaisers) begründet

**Webel:** Man hat sich dieser Tage darüber beschwert, daß der Parteitag lange Resolutionen faßt. Nun, die Resolutionen hängen sehr eng mit dem Gegenstand zusammen, den sie behandeln. Je nach der Natur dieses Gegenstandes ist es unmöglich, Resolutionen kurz zu fassen, wenn der Gegenstand, der behandelt wird, verschiedene Seiten der Betrachtung eröffnet. Dazu kommt noch ein anderes. Ein großer Theil unserer Parteipresse ist garnicht in der Lage, lange Verhandlungen zu bringen, da ist es sehr wünschenswert, wenn für diese die Anschauungen der Partei in einer Resolution zusammengefaßt gebracht werden. Dasselbe gilt auch für die gegnerischen Blätter, die den Raum haben, aber ihn nicht hergeben wollen. Endlich aber können lange Resolutionen auch von dem Gesichtspunkte angebracht sein, daß man nicht große Reden zu halten braucht, unter Umständen auch gar keine, um sie zu begründen. Ich kann demnach auch, den Wünschen der Genossen, nach Hause zu kommen, Rechnung tragend, kurz sein. Der Parteitag wird mit dem Inhalt dieser Resolution einverstanden sein. Ich glaube, sie faßt Alles zusammen, was in diesem Augenblicke gesagt werden kann. Ich erkläre aber, daß ich bei näherem Nachdenken über diese Frage doch noch auf Gesichtspunkte gekommen bin, die vielleicht nicht alleseitig in der Partei getheilt werden und die, wenn ich sie zum Ausdruck brächte, notwendig größere Debatten hervorrufen würden. Ich habe mich daher entschlossen, die Sache in einer unserer Zeitschriften zu behandeln. Die Situation, die durch den Erlaß des russischen Kaisers gegeben ist, wird die Partei noch oft beschäftigen. In einem sind wir Alle einverstanden, etwas Gelegeneres wie dieser Abrüstungsvorschlag der russischen Regierung konnte der sozialdemokratischen Partei nicht kommen. Wir werden im Reichstag und bei sonstigen parlamentarischen Verhandlungen in der Lage sein, diesen Erlaß, der mehr als irgend eine Handlung einer auswärtigen Regierung in den letzten Jahrzehnten unseren Ideen förderlich ist, Ausdruck zu geben, und das soll im angelegentlichsten Maße geschehen. Ich bin aber auch bei Überzeugung, daß, nachdem einmal dieser Gedanke durch eine Regierung in den weitesten Kreisen der Öffentlichkeit geworfen ist und ihn die anderen Regierungen

unter keinen Umständen von vornherein ablehnen können, sondern ihn, wenigstens fühlbar, ernsthaft behandeln müssen, die bloße Thatsache, möge der Ausgang der Konferenzen sein wie er wolle, für die ganze Entwicklung der militärischen Verhältnisse von großer Bedeutung sein muß.

Für den Militarismus gilt dasselbe, wie für die gesamte bürgerliche Entwicklung: Das A und O der ganzen bürgerlichen Entwicklung beruht auf der Konkurrenz; würde diese beseitigt, würde die bürgerliche Gesellschaft einer Stagnation verfallen. Genau so ist es mit dem Militarismus, er ist durch die Entwicklung, die er speziell in Europa genommen hat, wesentlich gefördert worden durch die entgegengesetzten Interessen der Mächte und die konkurrierenden Eigenschaften, die ihm inne wohnen. Diese werden auch künftig nicht ausbleiben. Daß die Frage, die die russische Regierung gestellt hat, durch die europäischen Regierungen gelöst wird, daran glauben wir nicht. Aber neben dem Umstande, daß dieser Vorschlag im höchsten Grade unsere Bestrebungen zur Bekämpfung des Militarismus unterstützt hat, hat er noch etwas Anderes erreicht. Er hat in den weitesten Kreisen der europäischen Bevölkerung, die bisher dem Glauben angingen, daß es garnicht anders ginge, als daß die militärischen Rüstungen sich auch fernerhin so entwickeln müßten wie bisher, weil es die Sicherheit der einzelnen Staaten fordere, diesen Glauben in hohem Grade erschüttert. Millionen von Menschen sind jetzt wandelnd geworden, haben andere Anschauungen bekommen, und das muß nothwendig zum Ausdruck kommen in der Wirkung unserer Agitation. Das sind die Gedanken, die ich in aller Kürze aussprechen wollte.

Ich könnte mich auf die Gründe einlassen, die zu dem Vorschlag des Zaren geführt haben, müßte aber dann auf das Gebiet der hohen und höchsten Politik kommen und unterlasse es daher in diesem Augenblicke.

Die Resolution 97 wird einstimmig angenommen.

Zur Begründung der Resolution 105 (betr. die Sozialistenverfolgungen in Italien und Ungarn und die Verurtheilung des Geisler Mordelms) führt **Stiebbrucht** aus: Genossinnen! Genossen! Wir wenden uns in unserer Resolution gegen die neueste Sozialistenhölle, gegen die brutalen Verfolgungen, welche die internationale Reaktion begonnen hat, gegen das Bestreben, einen Neudeckelord, mit dem wir nichts zu thun haben und der obendrein ganz unpolitisch ist, zu reaktionären Zwecken auszunutzen. In erster Linie wenden wir uns gegen die ungarische und italienische Regierung, nicht weil sie die einzigen wären, welche theilhaftig sind an dem Mordtat, das jetzt gegen die internationale Sozialdemokratie in verschiedenen Ländern verübt wird, sondern bloß deshalb, weil hier in der brutalsten, rohesten und niederträchtigsten Form die ganze Barbarei und Kulturfeindschaft des heutigen Klassenstaats zu Tage getreten ist — des Klassenstaats, der da, wo er sich von dem Proletariat in seinen Klasseninteressen bedroht glaubt, keine Orange kennt der Willkür und Härte und Handlungen begeht, von denen man vor wenigen Jahrzehnten, ehe der Klassenkampf so heftig entbrannte, einfach geglaubt haben würde, daß sie unmöglich seien im 19. Jahrhundert. (Sehr richtig!) Auf Einzelheiten brauche ich nicht einzugehen; die ungarischen Vorkommnisse kennen Sie Alle, Sie wissen, wie man dort gegen ein geknechtetes Volk, das allmählig zum geistigen, zum politischen Leben erwacht, die brutalsten Polizeimaßregeln unter dem Jubelgeschrei aller bürgerlichen Parteien verübt. Nur über das Gebahren der italienischen Regierung noch einige Worte. Dort haben gutmüthige Schwärmer eine Zeit lang geglaubt, es sei endlich eine Monarchie gegründet worden, welche auf dem Boden der Demokratie stehe, kein anderes Interesse habe als die Interessen des Volkes. War es doch eine Monarchie von Volkes Gnaden, für die ein Garibaldi gefochten hat, für die ein Maggini Vorkämpfer ist. Es hat sich aber sehr bald gezeigt, daß die demokratische Monarchie von Volkes Gnaden eine Utopie ist, ebenso wie es sich

in Deutschland herangezogen hat, daß das soziale Königthum eine Utopie ist. Die Monarchie kann ebenso wenig demokratisch wie sozialistisch sein, sie ist genöthigt, die Stütze, das Werkzeug zu werden der kapitalistischen Gesellschaft, von der sie nur unter dieser Bedingung geduldet wird. Das jetzige Vorgehen der italienischen Regierung ist um so mehr zu verurtheilen, als gerade sie vor allen Dingen verantwortlich zu machen ist für das letzte Attentat und für die Ausschreitungen, die man als Anarchismus bezeichnet. Wenn es eine Regierung giebt, welche den Anarchismus groß gezogen hat, so ist es gerade die italienische (sehr richtig!), welche dem Volke jede Bildung vorenthalten hat, welche es versenkt hat in die tiefste Noth, welche der Ausbeutung Thür und Thor geöffnet und einen Steuerdruck über das Land verhängt hat, von dem wir selbst in Deutschland keinen Begriff haben, so daß das Volk in den letzten Jahren zweimal zu einer Hungerrevolution getrieben ward — Ausbrüchen, die nicht von einer Partei künstlich gemacht, nicht von Verschwörern organisiert, sondern hervorgerufen wurden durch die Verzweiflung. Wir haben im Frühling dieses Jahres jene Blutjagen gesehen, jene Mezeleien an unbewaffneten Männern, Frauen und Kindern in Mailand, Mezeleien, fast so blutig wie 1848 der furchtbare Zunkampf. Aber in der Pariser Zunkenschlacht kämpften bewaffnete Arbeiter, dort in Mailand waren es Waffenlose. Und dann diese wüsten Orgien des sogenannten Militärgerichts, das einen Mann, wie unseren Freund Turati, der Manchem von Ihnen aus früheren Kongressen bekannt ist, auf 12 Jahre ins Zuchthaus geworfen hat, weil er die ungezügelter Massen durch die sozialistische Lehre zu zügeln suchte — diese Orgien des Militärgerichts, welches eine wehrlose Frau, Frau Kulischoff zu 12 Jahren Gefängnis verurtheilt hat, bloß weil sie das Evangelium des Sozialismus predigte. Um so schmachvoller ist das Vorgehen der italienischen Regierung, weil sie selbst die anarchischen Verbrechen nicht bloß indirekt, sondern auch direkt verschuldet hat. Wir haben es erfahren, daß Agenten der italienischen Polizei in der Schweiz Mord und Attentate angezettelt haben, daß sie elende Verbrecher angestellt hat, um die Sache des Anarchismus zu vertreten und dadurch dem Sozialismus Abbruch zu thun. Ich nenne die italienischen Regierungs-Lockspigel und Regierungs-Anarchisten Santorro und Beneditto. Es ist das die alte Politik des Pariser Polizei-Präsidenten Andrieux; der in seinen Memoiren gestanden hat, er habe nach dem Grundsatz gehandelt: um zu verhindern, daß die Arbeitermassen und die Gebildeten sich dem Sozialismus zuwenden, müsse man dem Sozialismus den Anarchismus und die niederträchtigsten Verbrechen anhängen, damit das Rechtsbewußtsein und das Menschengefühl sich gegen ihn aufbäumen und damit die Massen ihm entfremdet werden. Der Versuch, den Sozialismus und den Anarchismus zusammenzuwerfen, Welches als Eins hinzustellen, wird wieder auf der ganzen Linie gemacht. Ich habe schon in der Eröffnungsrede gesagt, daß Sozialismus und Anarchismus Antipoden sind. Gekern las ich einen Leitartikel des hiesigen leitenden Blattes, der ja nur ausführt, was in Duzenden und Duzenden anderer Zeitungen steht, ich habe mit dieser Behauptung gelogen — wie frech ich die Unwahrheit gesprochen, habe sich durch die Annahme der Resolution über das Koalitionsrecht gezeigt. Da sehen Sie, was jene Vertreter des heutigen Klassenstaates unter Anarchismus verstehen. Daß die Arbeiter ihr Koalitionsrecht wahren wollen, daß sie das Recht, welches ihnen durch Verfassung und Reichsgesetz garantiert ist, zu vertreten entschlossen, das ist Anarchismus! Da sehen Sie, wie methodisch und wie schamlos die Verfälschung der öffentlichen Meinung betrieben wird. Ich habe in dem Parlament der deutschen Sozialisten nicht nöthig, den Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus klar zu machen. Das haben wir gethan auf früheren Kongressen, namentlich in St. Gallen. Da haben wir dargelegt, wie Anarchismus und Sozialismus diametrale Gegensätze sind, wie

der Anarchismus, weit entfernt, die gleiche Wurzel zu haben wie der Sozialismus, ein Produkt ist des Kapitalismus, wie er mit Naturnothwendigkeit hervorzücht aus dem Sumpfboden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wie er in allen seinen Erscheinungen bürgerlichen Ursprungs und Wesens ist. Der theoretische Anarchismus, der sich gegen den Staat wendet, den Staat zerstören will, ist in der Praxis schließlich auf die Schulz-Deligsch'schen Kleinheerrezepte gekommen. Und nicht minder reaktionär ist der praktische Anarchismus, der den Staat und die Gesellschaft mechanisch vernichten will.

Der Anarchismus ist nur möglich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, die den Kampf Aller gegen Alle entzündet und die wirtschaftliche Anarchie herbeigeführt hat. Wie kann überhaupt gelaugt werden, daß der Anarchismus, welcher ausschließt jegliche Organisation, welcher ausschließt den Klassenkampf, welcher das Individuum über die Gesamtheit stellt, welcher die Gesellschaft in ihre Atome auflösen will — wie kann Jemand, der im Besitz seiner fünf Sinne ist, sagen, daß das einerlei sei mit dem Sozialismus, der die Menschen vergesellschaftet und die menschliche Gesellschaft vernünftig und gerecht organisieren will? Und der politische Mord! Alle alten und bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme haben, wenn wir hier den Tyrannenmord, den Arbeitermord herausgreifen, der jetzt ausgenutzt werden soll gegen uns, den politischen Mord gepredigt und ihn ausgeübt. (Sehr richtig!) Würde eine Staatslist aufgenommen über die politischen Morde, so würden die von Fürsten verübten Morde einen sehr großen Prozentsatz ausmachen, und dabei rede ich bloß von den offenen, den gewaltthätigen Morben, nicht von den Zuckermorden, die ohne Zahl sind; und der Abel, die Stütze der Monarchie, welchen Prozentsatz liefert er für alle politischen Verbrechen? Und wie viel Morde gehen aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervor? Nicht, daß ich hier den Stab brechen will über einzelne sogenannte Verbrecher. Nur Wahnsinn, wahnsinnige Leidenschaft oder Verzweiflung kann solche Attentate erklären. Aber auf dem Boden des Sozialismus kann der Gedanke des politischen Mordes schon deshalb nicht reifen, weil wir wissen, daß das Individuum auf die Gestaltung der Dinge wohl Einfluß übt, aber keinen bestimmenden Einfluß. Wir wissen, daß die sozialistische Bewegung nicht geschaffen werden konnte durch einzelne Menschen, sondern allein durch die Verhältnisse, und daß sie deshalb auch nicht vernichtet werden kann durch einen einzelnen Menschen. Das haben wir an Bismarck gesehen, der bewaffnet war mit aller Macht der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und der sie rücksichtslos anwandte. Er ist gescheitert mit seinem Versuch, die Sozialdemokratie zu vernichten, und elend daran zu Grunde gegangen. Wir wissen, daß, wenn ein Bismarck getödtet wäre, ein beliebiger Prinz oder Kung sich gefunden hätte, der seine Rolle gespielt, sein Handwerk ausgeübt hätte. Wir wenden uns deshalb nicht gegen Personen, wir predigen die Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, aus welchen Verbrecher wie Quecken und Caserio hervorgegangen sind. Die Verantwortung für diese Verbrechen bürden wir der bürgerlichen Gesellschaft auf und für die jetzige internationale Paz gegen die Sozialdemokratie, für den insamen Versuch, Sozialismus und Anarchismus zusammenzufoppeln, drücken wir unseren Feinden das Brandmal der Schande auf die Stirn, indem wir diese Resolution annehmen. Genossen, ich bitte Sie, einmüthig für sie zu stimmen. Unsere Feinde sind international verbündet und organisiert. Wir haben gegen uns die internationale heilige Allianz des Kapitalismus und aller reaktionären Parteien. Aber auch wir haben unsere heilige Allianz, wir haben die heilige Allianz des Proletariats, des internationalen Sozialismus und unsere heilige Allianz wird in dem Kampfe, den wir aufnehmen, die heilige Allianz der Reaktionäre zu Boden schmettern. (Beifall und Handklatschen.)

Die Resolution 105 wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Bei Berathung des Antrags 109 (betreffend die Gehaltsfrage der Vorstandsmitglieder) weist

**Singer** auf den § 14 des Organisationsstatuts hin. In Halle wurde die Maximalhöhe des Gehalts der Parteibeamten auf 250 Mk. begrenzt, in Erfurt wurde mitgetheilt, daß das Gehalt auf je 50 Mk. für die beiden Vorsitzenden, auf je 250 Mk. für die beiden Sekretäre und auf 150 Mk. für den Parteikassirer bemessen worden sei. Die Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert mit Ausnahme des Gehalts des Kassirers. Mit diesem Amte war früher eine andere Thätigkeit verbunden, es hat sich herausgestellt, daß die Zeit des Kassirers durch sein Amt vollständig in Anspruch genommen wird, und er ist in der Zwischenzeit mit den beiden Sekretären im Gehalte gleichgestellt worden.

**Meißner:** Meine Begründung kann sehr kurz sein, die Arbeitslast der Parteileitung hat seit 1890 sich mit dem Wachsthum der Partei bedeutend gesteigert. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert, die Kosten des Lebensunterhaltes sind gestiegen. Nicht der gesamte Vorstand soll eine Erhöhung des Gehaltes erfahren, nur der eine Sekretär und der Kassirer. Webel und Singer haben ihr Gehalt bisher immer der Parteikasse überwiesen. Der eine Sekretär vertritt beim „Vorwärts“ die Geschäfte des Vorstandes und erhält hierfür vom „Vorwärts“ eine besondere Remuneration. Für den anderen Sekretär aber und den Kassirer ist eine Gehaltserhöhung zum Ausgleich der Bezüge nothwendig. Mein Antrag spricht für sich selbst. Nehmen Sie ihn an. Von Bajer, Kimmel, Mehlhoff, Zieg geht ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung ein.

Die Frage, ob auch die nicht mit einem Mandat versehenen Delegirten in dieser Frage an der Abstimmung theilnehmen, entscheidet der Parteitag mit großer Mehrheit dahin, daß eine Einschränkung bei der Abstimmung nicht statthandelt.

Für den Antrag 109 stimmten: Abrecht, Auer, Wandert, Bauer, Bayrer, Webel, Weims, Bérard, Berthold, Bloß, Böhle, Braun-Beckhausen, Braun (Königsberg), Braune, Brecour, Brey, Brühne, Brubus, David, Diemer, Dietrich, Diez, Drechsler, Dreesbach, Dubber, Ehrhart, Eisinger, Elfer, Eppe, Goers, Faber, Fauth, Fendrich, Fischer (Hannover), Fischer (Berlin), Fleig, Förster, Frohme, Geck, Gevlach, Geyer, Gilet, Goerke, Göller, Gottschalk, Götting, Greiner, Grenz, Grep, Groth, Günther, Haberland, Hauck, Hengsbach, Hellmann, Heymann (Braunschweig), Herbert, Herrmann (Mülter), Herrmann (Stuttgart), Heumann (Berlin), Hildenbrand, Hoch, Höppner, Hoffmann (Bielefeld), Horn, Jahn, Jrmischer, Kaden, Käbler, Kagenstein, Kauply, Klaus, Klotz, Kriemien, Knoop, Kolb, Koenen, Krumm, Künzel, Lange (Leipzig), Lange (Nieder-Säcklich), Leutert, Lesche, Liebknecht, Lingweiler, Lorenz, Meesfeld, Meiß, Meißner, Metzger, Meßner, Meyer, Miffelhorn, Morawski, Müller (Darmstadt), Nitsch, Dertel, Ohlendorf, Orbel, Peterhans, Peus, Pöhsch, Postel, Prina, Rau, Rauch, Reißhaus, Reimers, Riedlinger, Riese, Rosbiski, Sachs, Spaal, Scheidemann, Schem, Schippel, Schirmer, Schmidt (Magdeburg), Schmidt (Kottbause), Schmidt (Büdenscheid), Schmidt (Frankfurt), Schmitt (München), Schoenlank, Schoppin, Schrader, Schübelin, Schulz, Schütze, Serfert (Leipzig), Sindermann, Singer, Sommer, Spengler, Stadthagen, Stelzer, Steiner, Stubbe, Stückler, Südekun, Tauscher, Thate, Thiel, Thiele, Triepold, Ulrich (Stuttgart), Ulrich (Offenbach), v. Vallmar, Voh, Weder, Werner, Wepl, Weiler, Winter, Wükner, Wurra, Zentler, Zieschang, Zieg, Zetkin, Zint.

Gegen den Antrag stimmten: Antic, Augustin, Bajer, Baer, Barner, Bartels, Bastian, Besching, Wiedermann, Bommel, Dack, Busold, Dohle, Eberhardt, Eber, v. Elm, Erbert, Feilmann, Friß, Gerstenberger, Grahl, Haase,

Jacob, Kiesel, Kimmel, Kleeß, Köster, Krause, Krüger, Laulow, Leid, Leopoldt, Löffewitz, Mahlke, Nähr, Mehlhoff, Mesch, Mätebusch, Oeben, Payer, Pauß, Florin, Preuß, Proß, Rauch, Repp, Sassenbach, Schlegel, Scholz, Schuhmacher, Segl, Seifert (Zwickau), Staab, Steinigans, Sterr, Stolpe, Thiele, Voigt, Wartenberg, Webel, Zubeil.

Der Abstimmung enthielten sich: Gerisch, Pfannkuch.

Das Resultat der Abstimmung ist also Annahme des Antrags 109 mit 160 gegen 61 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Demnach folgt die Berathung derjenigen Anträge, die sich mit dem Ort und der Tagesordnung des nächsten Parteitagess beschäftigen. Antrag 15 (die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen) ist zurückgezogen; es bleiben also nur die Anträge, die als Orte für den nächsten Parteitag Hannover und Magdeburg in Vorschlag bringen.

Rauch-Hannover empfiehlt in warmen Worten, das geographisch günstig gelegene Hannover zu wählen.

Eine Begründung für Magdeburg wird nicht gegeben.

Der Parteitag beschließt mit großer Majorität, Hannover als Ort des nächsten Parteitagess zu bestimmen.

Das Ergebnis der Wahl der Parteileitung ist folgendes: Abgegeben wurden 202 Stimmzettel, von denen 13, weil mit mehr denn 7 Namen der Kontrolleure versehen, für ungültig erklärt werden mußten. Es wurden gewählt als Vorsitzende: Webel mit 201 und Singer mit 199 Stimmen, als Sekretäre: Auer mit 202 und Pfannkuch mit 199 Stimmen, als Kassirer: Gerisch mit 200 Stimmen. Hoffmann-Bielefeld und Lesche erhielten je 1 Stimme als Vorsitzende, Zubeil und Kunert je 1 Stimme als Kassirer.

Zu Kontrolleuren wurden gewählt: Meißner mit 173, Kaden mit 122, Koenen mit 113, Wegner mit 112, Dertel mit 81, Brühne mit 80 und Frau Zetkin mit 79 Stimmen. Es erhielten außerdem Stimmen Dubber 60, Herbst 62, Geck 54, Segih 49, Zubeil 38, Ulrich-Offenbach 36, Stadthagen 34, Kleemann 31, Wagner-Berlin 17, Frau Zieg 17, Faber-Frankfurt a. D. 16, Gerstenberger 12, Erdmann 10, Leid 7, Stückler 6, Busck 2 und Meiß, Pinfau und Schem je 1 Stimme.

Damit ist die gesammte Tagesordnung erledigt.

**Singer:** Wir stehen am Schluß unserer Arbeiten. Seinem Wunsche entsprechend, gebe ich dem Genossen Greulich das Wort.

**Greulich:** Ich bin seitens der anderen Gäste aus dem Auslande ersucht worden, noch einige Worte an Sie zu richten. Wir danken Ihnen zunächst für die freundliche Aufnahme, die wir bei Ihnen gefunden haben. Wir haben uns geföhlt wie zu Hause unter unseren Genossen, wir haben gesehen, daß die Sozialdemokratie Deutschlands, die Vertreterin von 2 1/2 Millionen Stimmen, verfügt über eine Anzahl ganz ausgezeichnete Theoretiker und Praktiker, Strategen und Taktiker, und über Offiziere und ganz vorzügliche Unteroffiziere aus der Arbeiterklasse. Die Debatten über den Bergarbeiterschutzes waren für uns geradezu erhebend. Wir sahen, wie die Arbeiter selbst klar ihre Beschwerden und Wünsche hier vorbrachten. Gewiß ist es richtig, daß die Partei, soweit es sich um ganz konkrete Fragen handelt, nicht in Streit gerät, sondern daß dann in kurzer und packender Weise Alle das Gleiche, nur von verschiedenem Standpunkte aus, sagen. Wenn es in den ersten zwei Tagen bei der Debatte theoretischer und im höheren Sinne taktischer Fragen etwas hitzig zugegangen ist, so haben wir doch hier das Gleiche gefunden, was wir wo anders auch finden, sobald man auf Fragen eingeht, die nicht im unmittelbaren Gesichtskreis liegen, bei denen die Anschauungen